

Partei der Vernunft und der Testballon der Berliner Oeko-Terroristen

Der große sozialistische Traum, durch das Kyoto-Protokoll wirtschaftliche Erfolge zu kriminalisieren und Werte abzuschöpfen, wird durch den Referentenentwurf vom 6. Juli 2009 (A) des Berliner Klimaschutzgesetzes vorangetrieben. Unter dem Deckmantel von Umweltschutz und Rohstoffersparnis soll zunächst die Wirtschaftskraft des Landes Berlin geschwächt werden. Wenn sich die Methoden durchsetzen lassen, steht einem Bundesgesetz nichts mehr im Wege. Dieser Frevel an den wirtschaftlichen Interessen der Bundesbürger im Land Berlin geht so weit, daß nicht einmal die Europäische Kommission es wagt, einen vergleichbaren Gesetzesentwurf auf den Weg zu bringen.

Im Entwurf des Gesetzes für das Land Berlin heißt es einleitend: "(1) Zweck dieses Gesetzes ist es, im Land Berlin durch Maßnahmen der Einsparung von Primär- und Endenergie, der Energieeffizienz und des Ausbaus Erneuerbarer Energien auf wirtschaftlich und sozial vertretbare Weise zum Klimaschutz beizutragen; insbesondere zu einer Reduzierung der im Land Berlin verursachten Emissionen an Kohlendioxid bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Vergleichsjahr 1990. Dabei soll eine auch im Übrigen umwelt- und gesundheitsverträgliche sowie ressourcenschonende und risikoarme Energieerzeugung und Energienutzung angestrebt werden. Das Gesetz dient ferner dazu, mögliche negative Folgen der Klimaänderung zu erkennen und einzudämmen."

Unmißverständlich sind die finanziellen Konsequenzen, die am Ende des Paragraphen 30 aufgezeigt sind: "(3) Ordnungswidrigkeiten nach den Absätzen 1 und 2 können mit einem Bußgeld von bis zu 50 000 Euro geahndet werden. Abweichend von Satz 1 können Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nummer 2 bei Gebäuden mit einer Nutzfläche von mehr als 1 000 Quadratmetern mit einem Bußgeld in Höhe von bis zu 40 Euro je Quadratmeter Nutzfläche geahndet werden."

Die 'Partei der Vernunft' entlarvt die Unbescheidenheit des Landes Berlin, da sich das Klima menschlichen Einflüssen entzieht. Menschen können durch mehr oder weniger Kohlendioxid nicht einmal kurzzeitig lokales Wetter beeinflussen.

Das 'Potsdam Institut für Klimafolgenforschung' formulierte nach massiven Protesten wegen des Wortes 'Kulturrevolution' die 7. seiner Kernaussagen neu: "Die Anpassung an den Klimawandel und die Begrenzung der Erwärmung auf zwei Grad Celsius erfordern eine 'Große Transformation' der globalen Wirtschaft, die auch das Stadt- und Landleben neu definiert." (B)

Die 'Große Transformation', vorher 'Kulturrevolution', bedeutet unter anderem: "Während die wohlhabenden Länder ihren Ausstoß von Treibhausgasen drastisch reduzieren müssen, muss das Recht auf Entwicklung der ärmeren Länder, in denen der größte Teil der Weltbevölkerung lebt, Berücksichtigung finden. Dazu müssen alle Menschen gleichermaßen mit Energie versorgt werden – bezahlbar, nachhaltig und zuverlässig." (C)

Die 'Partei der Vernunft' kritisiert, daß für sinnlose technische Maßnahmen über die Strompreise und über die Steuerzahlungen die Renditen derer gesichert sind, die vom Verkauf der Kohlendioxid-Produkte und - Dienstleistungen profitieren. Die Sinnlosigkeit wird treffend von Schulbürgern dargestellt, die Licht in Säcke füllen, um ein Rathaus ohne Fenster mit Tageslicht zu füllen.

Die Ausbeutung von Rentnern und Arbeitnehmern, von Selbständigen und Freiberuflern hat durch eine extrem hohe Staatsquote von über 50 Prozent jedes gesunde Maß überschritten und führt sichtbar den Kollaps unserer Volkswirtschaft herbei.

(A) www.parteidervernunft.eu/klimaschutzgesetz_berlin.pdf Die gelb markierten Passagen stammen von www.NAEB.info
(B) <http://web.archive.org/web/20071219162950/http://www.pik-potsdam.de/infoteh/sieben-kerneaussagen-zum-klimawandel>
(C) <http://www.nobel-cause.de/potsdam-memorandumger>

Pressekontakt:
Partei der Vernunft
Bundesvorstand für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Hans Kolpak
Zur Tanne 12
26349 Jade
Telefon: 04454 979720
Telefax: 04454 979721
Web: www.ParteiderVernunft.eu
E-Mail: [Hans.Kolpak at ParteiderVernunft.eu](mailto:Hans.Kolpak@ParteiderVernunft.eu)

Portrait der Partei:

Die 'Partei der Vernunft' verfügt über ein umfassendes Rahmenprogramm, das größere Wählergruppen und erfahrene Politiker anspricht. Eindeutiger Fokus sind mittelfristige und langfristige Ziele in der Bundespolitik und in der Europapolitik. Da eine ideologische Enge auf links, mitte oder rechts kein Beweggrund zur Parteigründung war, werden sich Politiker aus vielen Lagern der 'Partei der Vernunft' anschließen können, ohne sich verbiegen zu müssen. Proteste und ideologische Streitereien überläßt die 'Partei der Vernunft' den vielen Bürgerinitiativen und Parteien, die Kleinparteien bleiben. Da der am 26. April 1997 angemahnte "Ruck durch Deutschland" inzwischen einem "Druck auf Deutschland" gewichen ist, kann es für die 'Partei der Vernunft' nur noch um große Ziele gehen. Positionen aus dem Parteiprogramm der 'Partei der Vernunft' tauchen bei etlichen Wahlprogrammen anderer Kleinparteien zur Bundestagswahl 2009 auf. Warum? Es gibt Herausforderungen, die sind offensichtlich. Wähler, Parteimitglieder und Politiker werden sich der 'Partei der Vernunft' in monatlich wachsender Anzahl anschließen, weil es keine Alternative gibt.

Die Werke und Inhalte der 'Partei der Vernunft' sind unter einer Creative Commons-Lizenz lizenziert:
www.creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de